

Nehmen Waldbrände wirklich zu?

geschrieben von Admin | 17. September 2025

Laut Harald Lesch droht die „Mega-Katastrophe“, auch bei uns in Deutschland. Denn Waldbrände würden immer mehr, immer schlimmer, immer heftiger, so das gängige Bild in deutschen Leitmedien. Und Tatsache: Spanien erlebte 2025 eine außergewöhnlich heftige Waldbrandsaison. Ist das wirklich der Klimawandel, der sich da zeigt, wie in vielen Medien behauptet?

von Marco Pino Tronberend

Auch andernorts kam es in den vergangenen Jahren zu starken Waldbränden. Doch ob Kalifornien, Australien oder bei uns in Europa – überall gilt: Die Schwankungen bei Waldbränden sind enorm, zwischen waldbrandschwachen und waldbrandstarken Jahren liegt ein Vielfaches. Diesen Umstand nutzen Leitmedien aus, das Prinzip dabei: Selektive Berichterstattung. Das Rekordjahr in Kalifornien wird zur Megastory im Spiegel, das rekordschwache Jahr hingegen ist nicht mal eine Randnotiz wert.

Mit diesen und anderen Methoden entsteht medial das Bild sich stetig verschlimmernder Zustände. Ein Blick auf Zahlen, Daten und Fakten hingegen führt zu ganz anderen Eindrücken, umso mehr, wenn dabei größere, also klimarelevante Zeiträume betrachtet werden. In dieser Folge nehmen wir das Thema Waldbrände genauer unter die Lupe – und werden sehen, wie viel am Ende von der klimabedingten „Mega-Katastrophe“ des Herrn Lesch übrig bleibt...

Marco Pino's Adlerauge Folge 2: Nehmen Waldbrände wirklich zu?

unter diesem Link: <https://youtu.be/RIoDP4VG9AI>

Energiewende im Realitäts-Check: Schlimmer als Russisch Roulette

geschrieben von Admin | 17. September 2025

Manfred Haferburg

Kennen Sie Russisch Roulette? Nein? Ist auch besser so. Das ist nämlich total irre. Man nimmt einen Colt, legt eine Patrone in die Trommel, dreht sie wild durch, setzt sich das Ding an die Schläfe und drückt ab.

Wenn man Glück hat, klickt es nur. Die Energiewende ist Russisch Roulette, nicht mit einer, sondern mit sechs Patronen in der Trommel. Die sechs Patronen im Energiewendecolt heißen: Gaskraftwerks-Fata-Morgana, Wasserstoff-Delirium, Stromspeicher-Illusion, Stromverbands-Autismus, kognitive Netzsicherheits-Dissonanz und Sektor-Kopplungs-Psychose.

Deutschland hält sich die Wumme an die Schläfe und ist dabei, abzudrücken. Grüner Ehrgeiz ist bekanntlich grenzenlos, leider auch grüne Ahnungslosigkeit. Sie planen nichts Geringeres, als die Weltrettung, sind aber nichts Besseres als Architekten von Luftschlössern. Ihre Visionen sind schön wie Feuerwerke, bunt, laut, kurz. Übrig bleibt nur Rauch und ein leeres Portemonnaie.

Es war doch alles so schön geplant. Angela Merkels Allzweckminister Peter Altmaier, CDU, seinerzeit Bundesminister für Wirtschaft und Energie und gleichzeitig die personifizierte geballte energiepolitische Inkompetenz, offenbarte die Vision am 3. Juli 2020 im Deutschen Bundestag: *„Wir sind das einzige Industrieland dieser Größe, das gleichzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dann aus der Nutzung der Kohleverstromung aussteigt. Das sind die historischen Aufgaben und die Leistung, die wir zu vollbringen haben.“*

Unter „historisch“ machen es Minister nicht, weder Grüne noch Rote noch Gelbe, und schon gar keine Schwarzen. Nur sagte der Altmaier Peter nicht, wer „uns“ diese „historische Aufgabe und Leistung“ aufgegeben hat. Ist ihm der Herr hinter einem brennenden Busch erschienen? Kam ein geflügelter Engel und reichte ihm eine Steintafel? Oder nuschelte es seine Gottkanzlerin nur in ihrem Büro, als sie die neuesten Wahlumfragen las? Wir wissen es nicht.

Die „Energiewende“ sollte die historische Aufgabe vollbringen. Sie war ein „Allparteienprojekt“, eine Missgeburt des Zeitgeistes. Baake, Trittin, Fell und Flasbarth waren die geistigen Väter. Töpfer, Altmaier, Merkel, Schröder, Habeck und andere bauten ein undurchdringliches Verhau an Gesetzen, um sie unangreifbar und unumkehrbar zu machen. Kemfert, Quaschnig und der Erklärbar vom ZDF, Professor Lesch, opferten ihren wissenschaftlichen Ruf auf dem Energiewendealtar, um sie gesellschaftsfähig zu machen. Nun ist sie halt da, die Energiewende.

Die Gaskraftwerks-Fata-Morgana

Durch das Kohleverstromungsausstiegsgesetz werden bald auch die letzten Kohlekraftwerke dem Erdboden gleich gemacht. Die Kernkraftwerke sind schon weitgehend zersägt. Jetzt haben die Energiewender mitbekommen, dass die These „irgendwo ist immer Wind“ nicht stimmte. Es wird ein Back-Up-Kraftwerkspark gebraucht, sonst gehen die Lichter aus. Der Habeck hat gerufen, dass es H2-Ready-Gaskraftwerke sein müssen, die mit grünem Wasserstoff betrieben werden, der aus überflüssigem Solar- und Windstrom erzeugt wird. Und der ganze Politchor hat in die Gesänge

eingestimmt, sogar mancher Industrieboss hat mitgesummt, vielleicht wären ja ein paar fette Subventionen abzusahnen, ehe man den Standort in die USA verlegt? Derzeit sieht der Regierungsplan von Ministerin Reiche vor, dass bis 2035 H2-Ready-Gaskraftwerke mit einer Kapazität von 35,5 GW errichtet werden sollen.

Was ist das eigentlich – ein H2-Ready-Gaskraftwerk? Nun, man kann eine Gasturbine mit allem Möglichen betreiben, was exotherm verbrennt. Brikett vorn reinzuwerfen, ist natürlich nicht zu empfehlen. Aber Öl, Flugbenzin, Gas und Wasserstoff ginge. Nur haben diese Stoffe recht unterschiedliche Eigenschaften, auf welche die Schaufeln der Turbine abgestimmt sind, um einen akzeptablen Wirkungsgrad zu erzielen. Um es kurz zu sagen: die H2-Ready-Gasturbinen großer Leistung (500 MW) gibt es nicht. Die müssen erst noch konstruiert werden.

Bisher gibt es ein Musterkraftwerk H2-Ready in Leipzig mit 125 MW (188 Millionen Euro Kosten, Betrieb derzeit mit Erdgas). Für 35,5 GW müssten 284 solcher Gaskraftwerke errichtet werden. Kosten rund 53 Milliarden Euro. Nimmt man 500 MW-Turbinen, dann sind es nur 71. Um die mit Erdgas 1.400 Stunden zu betreiben, muss jeden zweiten Tag ein vollbeladener LNG-Tanker der Q-Max-Klasse aus den USA mit 265.000 Kubikmetern LNG entladen werden. Es gibt derzeit 14 davon.

Es ist aber mehr als fraglich, dass die paar Hersteller solcher Turbinen, zum Beispiel Rolls-Royce-Power, Hitachi-Energy, Siemens-Energy, eventuell Alstom (derzeit 260 MW) in der Lage sind, in den nächsten Jahren diese 72 Kraftwerke zu liefern. Die stehen ja nicht mit leeren Auftragsbüchern da und warten auf die Bundesregierung. Und es gibt keine Investoren, keine Planfeststellungsverfahren, keine Standorte, noch nicht einmal Ausschreibungen. Weil diese Gaskraftwerke nur 1.400 Stunden im Jahr laufen sollen – wenn Wind und Sonne pausieren – und damit staatlich garantiert nicht wirtschaftlich sein werden – warten alle auf die Subventionen. Beinahe hätte ich es vergessen – es gibt für diese Gaskraftwerke keinen grünen Wasserstoff. Selbst das Leipziger Vorzeigeprojekt wird mit Erdgas betrieben.

Das Wasserstoff-Delirium

Die 71 nicht existierenden Gasturbinenkraftwerke sollen mit „grünem Wasserstoff“ angetrieben werden, der auch nicht existiert. Dieser soll von Elektrolyseuren – die es nicht gibt – aus überschüssigem Strom von Wind und Sonne grünen Wasserstoff erzeugen und in ein Netz einspeisen – das es nicht gibt. Alternativ soll der grüne Wasserstoff, über Schiffe – die es nicht gibt – aus Lieferländern herbeigeschafft werden – die es ebenfalls nicht gibt. (Frei nach Gabor Steingart)

Eine seiner letzten Großtaten unseres genialen Wirtschaftsministers Robert Habeck war das Update zur Nationalen Wasserstoffstrategie. Er nannte es bescheiden „Turbo für die H2-Wirtschaft“. *Doppelwumms* hätte in puncto Wasserstoff vielleicht falsche Assoziationen erzeugt. Bis 2030

will die Bundesregierung zehn Gigawatt Elektrolysekapazität aufbauen.

„Die Wasserstoffstrategie soll Klimabilanz von Industrie und Verkehr erheblich verbessern, das heißt ganze Industriezweige müssen grundsätzlich umgebaut werden, zum Beispiel Stahl- und die Chemieindustrie und den gesamten Verkehrssektor.“ Der Robert wollte mal eben die gesamte Wirtschaft grundsätzlich umbauen. Diese psychische Erkrankung heißt außerhalb der Regierung „Megalomanie“. Minister glauben oft, sie seien zu Großem berufen, hätten eine besondere Mission oder seien außergewöhnlich talentiert, naja. Da dem Robert jemand erklärte, dass dafür die Fläche Deutschlands nicht ausreiche, kam er auf die geniale Idee, den Wasserstoff aus Afrika zu nehmen.

Was die Mutigen sich dann nicht trauten ihm zu sagen: Wird der Ferntransport per Schiff entweder in Form von Flüssigwasserstoff oder Ammoniak berücksichtigt, ergeben sich unter bestmöglichen Bedingungen Bereitstellungskosten für Deutschland von 171 Euro pro Megawattstunde (normal wäre ~60 €/GWh). Er antwortete trotzdem „Ist ja nur Geld“ und verabredete sich mit *Northvolt* zum Dinner.

Die Stromspeicher-Illusion

Die Märchenfee der Energiewende, Frau Professorin Dr. Claudia Kemfert, sagte in einem Fernsehinterview: „Deutschland hat Speicher noch und nöcher.“ Deutschlands Speicher „noch und nöcher“ reichen alle zusammen für weniger als eine Stunde Blackout. Batteriespeicher und andere „Wunderwaffen“ zählen gar nicht. Es gibt 32 Pumpspeicherwerke, benötigt würden für eine zweiwöchige Dunkelflaute etwa 6.500 Pumpspeicherwerke (laut Prof. Sinn). Die Norweger brauchen ihre Speicher selber und haben den Bau einer weiteren Stromtrasse nach Deutschland gestoppt, genauso wie die Schweden.

Ein berühmter Staatssekretär, Mitglied eines berühmten Energiewendeklans aus dem Wirtschaftsministerium Habeck, hingegen wusste, dass 15 Millionen E-Autos, die es ja bis 2030 auf deutschen Straßen geben würde, als Speicher fungieren würden. Sozusagen auf „noch und nöcher“ obendrauf. Bidirektionales Laden heißt das in der Energiewendersprache.

Es ist mit der Speicherillusion wie mit dem Wasserstoff-Delirium – es gibt 2030 weder 15 Millionen E-Autos noch 15 Millionen bidirektionale Ladestellen. Das geben die circa eine Million Kilometer Niederspannungsnetz gar nicht her. Die müssten erst querschnittsmäßig ertüchtigt werden. Neulich fragte mich ein Freund: „Was rauchen die da im Wirtschaftsministerium?“

Der Stromverbands-Autismus

Der ehemalige geniale Wirtschaftsminister Habeck hat auch das schöne Wort „Strommangellage“ aus dem tiefen Brunnen seiner Weisheit geschöpft. Das Wort bedeutet: Wenn nach der Durchführung des

„Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes“ (das heißt wirklich so) bei trüber Flaute die Lichter ausgehen, wenn die „Speicher noch und nöcher“ zufällig gerade leer sind und der Wasserstoff gerade deliriert, dann helfen die umliegenden Länder über die Strommangellage hinweg und liefern Strom.

Deutschland kann über seine Grenzkuppelstellen – also die Verbindungsleitungen zu den Stromnetzen der Nachbarländer – theoretisch bis zu etwa 20 bis 25 Gigawatt (GW) Strom importieren. Diese Zahl variiert je nach Netzsituation, Jahreszeit und technischer Verfügbarkeit der Leitungen. Es könnte allerdings passieren, dass die Nachbarn manchmal etwas unfroh reagieren, weil sie gerade selbst eine kleine Strommangellage haben und sie nicht gefragt wurden, als Deutschland seine 17 Kernkraftwerke verschrottete und dafür Unmengen von Windrädern und Sonnenkollektoren baute, deren Volatilität die Strompreise der Nachbarn ins Wanken bringen.

Der norwegische Energieminister Terje Aasland sagte im Dezember 2024 deutliche Worte zur Stromkrise, die durch massive deutsche Importe ausgelöst wurde. Als Deutschland während einer Dunkelflaute große Mengen Strom aus Norwegen bezog und dadurch die Preise in Norwegen explodierten, sagte Aasland: „Es ist eine absolute Scheißsituation.“ Die schwedische Energieministerin Ebba Busch sagte dazu: „Das Energiesystem Deutschlands ist nicht in Ordnung.“ „Ich bin sauer auf die Deutschen.“ „Es ist schwer für eine industrielle Wirtschaft, sich für ihren Wohlstand auf das Wohlwollen der Wettergötter zu verlassen.“ Beide Länder stoppten daraufhin den Stromtrassen-Ausbau nach Deutschland.

Die kognitive Netzsicherheits-Dissonanz

Die Bundesnetzagentur wird nicht müde, der Öffentlichkeit zu versichern, dass die „Netzsicherheit“ jederzeit gewährleistet ist. Kein Wunder – deren Chef heißt Müller und ist ein Grüner. Und der will weiter Kraftwerke abschalten und durch Erneuerbare ersetzen. Da passt es gar nicht ins grüne Weltbild, dass der Bundesrechnungshof, die Versicherer, große Energieversorger, die Netzbetreiber und nahezu alle Fachleute – außer den Professoren Kemfert, Quaschnig und Lesch – davor warnen, das Netz sei „am Limit“.

Müller steht nun zwischen den Windrädern der Energiewende und den Relais der Netzstabilität. Einerseits will er unbedingt den Umbau zur klimaneutralen Energieversorgung vorantreiben, andererseits warnt er davor, dass ohne Netzmodernisierung die schöne neue Solarwelt in einem Frequenzchaos enden könnte.

Dass mit dem deutschen Stromnetz nichts mehr stimmt, zeigt die Zahl der notwendigen Eingriffe zur Netzstabilisierung durch die Netzbetreiber, die von *kleiner fünf (5) pro Jahr* im Jahr 2005 auf heute *über 30.000 pro Jahr* angewachsen ist. Das Netz wird durch Dunkelflauten, Hellbrisen und die ständige Abnahme der rotierenden Massen gefährdet. Der Blackout in

Spanien und Portugal am 28. April diesen Jahres war kein Blackout aus Erzeugungsmangel, sondern einer aus Überforderung durch Komplexität. Es war keine Cyberattacke, keine Versorgungslücke – sondern mangelhafte Spannungsregelung und fehlende netzbildende rotierende Invertermasse von Großkraftwerken. Wann sagt mal einer dem Herrn Müller und der Bundesnetzagentur, dass Solarpaneele keine rotierende Masse haben?

Die Sektor-Kopplungs-Psychose

Das grüne Weltrettungsziel ist, dass ab 2045 in Deutschland nur noch Öko-Strom als Energieträger in eine „All electric society“ führt. Sektor-Kopplung ist das Zauberwort der Energiewende – oder, je nach Perspektive, der Versuch, ein Stromkabel durch alle Lebensbereiche zu ziehen. Technisch gesprochen, bezeichnet sie die systematische Verbindung der Energiesektoren Strom, Wärme, Verkehr und Industrie, um erneuerbare Energien möglichst breit und effizient einzusetzen. Die Sektor-Kopplungs-Psychose ist die Vereinigung aller Energiewende-Wahnvorstellungen, Halluzinationen und Realitätsverluste zu einer tiefgreifende Störung der Wahrnehmung, des Denkens und der Realitätsverarbeitung der Energiewender.

Heute sind wir mit ~600 TWh Stromverbrauch, davon 300 TWh aus Erneuerbaren, eine ganze Galaxie weit entfernt von der „all electric society“, weil der Stromverbrauch ja nur ein Viertel des Gesamtenergieverbrauches darstellt. Bis 2045 werden benötigt: 300 TWh für die noch fehlende Arbeit des heutigen Stromverbrauchs; 700 TWh für Verkehr (synthetische Kraftstoffe); 1.300 TWh für Wärme (Industrie und Haushalte) und 200 TWh für Speicherverluste. Das heißt – es werden bis 2045 statt heute 600 TWh ganze 2.500 TWh aus Wind/Sonne/Biomasse benötigt.

Erforderlich würde also die *Verzehnfachung* des heute erzeugten Stroms durch Wind und Sonne bis 2045. Dies würde bedeuten, dass statt heute 33.000 Windräder 2045 etwa 300.000 Windräder benötigt werden und statt heute 3,5 Millionen Solarpaneele im Jahre 2045 etwa 300 Millionen Solarpaneele benötigt werden.

Deutschland hätte dann die Ästhetik eines Blade-Runner-Bauernhofs mit einem Windrad pro Quadratkilometer vom Schwarzwald bis Nordfriesland und mit 300 km² Modulfläche. Alles wird blauschimmernd – Dächer, Fassaden, Autobahnränder, Kuhställe. So ein System wird unsteuerbar, wie eine Horde Teenager auf Koffein. Batterien, Wasserstoff, Pumpspeicher, Netz – alles müsste mitwachsen. Abermillionen Wärmepumpen müssten surren. Die Kosten würden sich geschätzt auf 10 Billionen Euro ausdehnen. Die Energiewende in dieser Größenordnung wäre kein Infrastrukturprojekt – sie wäre eine Zivilisationsleistung – ein unbezahlbares technoökologisches Experiment auf nationaler Ebene.

Operation misslungen, Patient in der Geschlossenen

Die Energiewende ist ein grünlackierter Geldschaufelbagger, der bei den kleinen Leuten im Garten die Ersparnisse ausbuddelt und auf die großen Geldhaufen der Wohlhabenden häuft. Leider baggert er nur Geld nach oben, alles andere an der Energiewende funktioniert nicht – weder die CO₂-Einsparung noch die Unabhängigkeit von seltsamen Ländern und Diktatoren.

Deutschland emittiert heute achtmal so viel Kohlendioxid pro hergestellter Kilowattstunde wie sein Nachbarland Frankreich. Sonne und Wind schicken tatsächlich keine Rechnung, aber die Integration in das bestehende Energiesystem kostet Billionen. Stromsperren und Blackout drohen am Horizont, die Industrie flüchtet und die Leute verarmen. Die Energiewender haben sich im eigenen Wirrwarr von undurchdachten Rettungsversuchen ihres scheiternden Projektes aussichtslos verheddert. Das Dumme ist nur, dass sie alle ihre Hirngespinnste ausprobieren, und wir müssen es bezahlen.

Die Absurdität und institutionalisierte Realitätsferne, die Vielzahl von unkoordinierten Maßnahmen, politischen Wunschvorstellungen und technisch fragwürdigen Annahmen, die im Rahmen der Energiewende getroffen wurden, fasst Prof. Harald Schwarz, ein Experte für Energietechnik an der BTU Cottbus-Senftenberg zusammen: *„Baut ein Dach drüber, dann ist es eine geschlossene Anstalt.“*

Zum Thema kürzlich von Manfred Haferburg und Klaus Humpich erschienen:

Atomenergie – jetzt aber richtig

Das Nachwort stammt von dem Wissenschaftsphilosophen Michael Esfeld. Sie können das Buch hier in unserem Shop bestellen.

Manfred Haferburg wurde 1948 im ostdeutschen Querfurt geboren. Er studierte an der TU Dresden Kernenergetik und machte eine Blitzkarriere im damals größten AKW in Greifswald. Wegen des frechen Absingens von Biermannliedern sowie einiger unbedachter Äußerungen beim Karneval wurde er zum feindlich-negativen Element der DDR ernannt und verbrachte folgerichtig einige Zeit unter der Obhut der Stasi in Hohenschönhausen. Nach der Wende kümmerte er sich für eine internationale Organisation um die Sicherheitskultur von Atomkraftwerken weltweit und hat so viele AKWs von innen gesehen wie kaum ein anderer. Aber im Dunkeln leuchten kann er immer noch nicht. Als die ehemalige SED als Die Linke in den Bundestag einzog, beging er Bundesrepublikflucht und leckt sich seither im Pariser Exil die Wunden. In seiner Freizeit arbeitet er sich an einer hundertjährigen holländischen Tjalk ab, mit der er auch manchmal segelt. Im KUUUK-Verlag veröffentlichte er seinen auf Tatsachen beruhenden Roman „Wohn-Haft“ mit einem Vorwort von Wolf Biermann.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Neues von der Bundesnetzagentur, die Gas-Kathi und eine schwierige Zukunft

geschrieben von Admin | 17. September 2025

Energiewendeskeptiker wurden bisher als Pessimisten, Ewiggestrige und wahlweise als Atom- oder Kohlefuzzis beschimpft. Nun zeigt sich: Sie waren bisher zu optimistisch. Eine Behörde sagt offiziell mit Zahlen, wovor viele andere schon warnten. Mit Licht und bewegter Luft lässt sich kein Staat machen.

Von Frank Hennig

Der aktuelle Bericht der Bundesnetzagentur (BNA) zur „Versorgungssicherheit Strom“ vom 3. September dürfte in der Branche und der Wirtschaft für Stirnrunzeln sorgen, bei den alternativlosen Energiewendern für Protest. In der Perspektive kommen auf Land und Leute schwierige Verhältnisse zu. Vorausgesetzt, die BNA liegt in ihrem Zahlenwerk halbwegs richtig, wovon zunächst bis zum Beweis des Gegenteils wohl auszugehen ist. Es bestehe bis 2035 ein Bedarf an regelbaren Kraftwerken von bis zu 35,5 Gigawatt (GW). Geht man von einer durchschnittlichen Anlagengröße von 500 Megawatt (MW) aus, wären das 71 Blöcke.

Noch vor zwei Jahren ging man von einer 21-GW-Lücke aus, worauf die heutige Kalkulation von Ministerin Reiche für die Ausschreibung von Gaskraftwerken beruht. Dafür wird sie in üblicher unflätiger Art von den Grünen als „Gas-Kathi“ titulierte. Kein Wort mehr dazu, dass ihr Vorgänger Robert Habeck, dem zu folgen sich Staat und Bevölkerung als unwürdig erwiesen hatten, bereits den Entwurf eines Ersatzkraftwerkegesetzes schreiben ließ und auch er eine ähnliche Ausschreibung organisiert hätte. Grünlinke hoffen auf Medienkonsumenten, die vergesslich wie Scholz, leichtgläubig wie FfF-Demonstranten und einfältig wie manche Grünenpolitikerinnen sind. Katherina Reiche setzt nur mit leichten Änderungen fort, was Habeck nicht mehr auf die Reihe bekam wegen falscher Prioritätensetzung und Ampelzoff. Nicht einmal den Zwischenbericht zum Kohleausstieg, im Gesetz verbindlich terminiert für den August 2022, ließ er erstellen. Der Verdacht liegt nahe, dass im Bericht kein erfolgreicher Verlauf des Kohleausstiegs hätte testiert werden können. Der Rückruf von Kohlekraftwerken aus der so genannten Sicherheitsbereitschaft und über das

Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKBG) zeigten jedenfalls keinen wunschgemäßen Verlauf, also ließ man das Monitoring einfach weg.

Die grüingeführte BNA macht nur Zahlen, das ist Aufgabe dieser Behörde. Sie trifft keine Entscheidungen. Man kann ihr vorwerfen, dass die Zahlen im vorangegangenen Bericht nicht zutreffend waren, aber sie legt sich im Bericht nicht einmal auf eine Technologie fest und spricht nur von nötiger „steuerbarer Kraftwerksleistung“.

Im Unterschied zu früheren Annahmen fallen die möglichen Lastflexibilitäten geringer aus, weniger Wallboxen und weniger Elektrolyseure könnten auf der Verbraucherseite helfen. Für ein „Vehicle to Grid“ (V2G) fehlt immer noch der gesetzliche Rahmen, Wasserstoffprojekte segnen in größerer Zahl das Zeitliche. Der Begriff „Wasserstoff“ kommt im Bericht ganze zweimal vor.

Vision und Wirklichkeit

Wie realistisch ist der Bau einer großen Anzahl an Gaskraftwerken bis 2035? Zunächst baut niemand diese Anlagen am freien Markt, sie müssen gefördert werden über Baukostenzuschüsse und/oder vergünstigte Gaspreise und eine Vergütung für Stillstands-, d.h. Reservezeiten muss geregelt werden, vermutlich über einen Kapazitätsmarkt. Nur so können sie die Funktion der Netzfeuerwehr erfüllen. Aus Sicht der EU-Kommission sind allerdings Staatshilfen für fossile Kraftwerke verboten. Wie hier eine Zustimmung erreicht werden kann, ist eine offene Frage.

Dafür will aber eine Mehrheit der EU-Länder die Kernkraft den „Erneuerbaren“ gleichstellen und staatliche Förderungen zulassen. Selbst Länder ohne Kernkraftwerke wie Dänemark und Italien unterstützen dieses Vorhaben gegen den erbitterten Widerstand – natürlich – Deutschlands.

Zu den Kosten und den Gasbedarf dieser künftigen Gaskraftwerke äußert sich die BNA nicht. Sie sind schwer bezifferbar, auf jeden Fall aber gigantisch, wie auch die daraus folgenden Strompreise.

Bis 2035 bleiben zehn Jahre für den quasi parallelen Bau von vielleicht 70 Gaskraftwerken. In einem Land, das für einen Flughafen 14 Jahre braucht, ebenso lange für ein Schiffshebewerk, vermutlich 15 Jahre für den Umbau eines Hauptbahnhofs und selbst zweieinhalb Jahre für die grundhafte Sanierung von 1,1 Kilometern vierspuriger Straße (in Cottbus), geht sogar der Begriff „ambitioniert“ fehl. Eher distanzieren sich die Linken von Marx, als dies Realität werden könnte.

Die Dekarbonisierung des Landes bis 2045 steht fest verankert und unverrückbar als Ziel und muss, glaubt man den selbst ernannten Klimaschützern, um jeden Preis erreicht werden, weil andernfalls am 1. Januar 2046 die Apokalypse über uns hereinbricht. Auch hier ein Blick zurück: Wir haben 25 Jahre gebraucht, um beim Primärenergiebedarf einen 20-prozentigen „Erneuerbaren“-Anteil zu erreichen. In den nächsten 20

Jahren soll der Sprung von 20 auf 100 Prozent gelingen. Die bis 2035 nötigen neuen –zig Gaskraftwerke sollen dann nach nur zehn Jahren Laufzeit entweder wieder stillgelegt oder mit grünem Wasserstoff betrieben werden. Wie realistisch ist das? Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Das gelingt aus einer innen verspiegelten Berliner Blase nicht.

Die Deutschen beherrschen den Luftraum des Traums, aber eine Option bleibt noch: Die Verlängerung der Laufzeiten von Steinkohle-Kraftwerken. Der Elefant, der dabei im Raum und im Weg steht, heißt Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG). Kanzler Merz wollte lapidar nichts mehr ohne Ersatz abschalten, konkreter wurde er nicht. Rotgrün wird den Kohleausstieg mit allen Mitteln verteidigen, er ist Kern ihrer Klimaschutzideologie. Notfalls werden staatlich finanzierte Vorfeldorganisationen mit der Gewalt der Straße nachhelfen. Ein „Herbst des Klimawiderstands“ ist von den Grünen schon angekündigt. Der Kanzler muss mitspielen, will er an der Macht bleiben.

Komplettversagen

Bisher galt die Vorhersage, dass die „Erneuerbaren“ die Aufgabe der Kohle- und Kernkraftwerke übernehmen würden. Das war zwar grundnaiv, aber Basis rotgrüner Politik.

„Der Anteil der Atomenergie kann und wird problemlos durch erneuerbare Energien ersetzt werden“,

sagte Frau Professor Kemfert (DIW) dem Magazin der Hans-Böckler-Stiftung im Jahr 2012. Offenbar ist dies nicht eingetreten. Dass ihre Aussagen sehr relativ sind, sollte inzwischen der Öffentlichkeit bekannt sein. Die Spezialistin für alles verortete kürzlich Pinguine am Nordpol.

Das Aufkommen der natürlichen Zufallsenergie, mit dem unser Land künftig versorgt werden soll und das man als Zahlenwerte durchschnittlicher Produktion permanent feiert, lässt sich kaum noch schönschreiben. Nach dem windärmsten ersten Quartal 2025 seit 50 Jahren wird offensichtlich, dass ein noch so starker Zubau an „Erneuerbaren“-Anlagen keine Versorgungssicherheit herstellen kann. Bisher sind gigantische Wind- und Sonnenstromkapazitäten errichtet – insgesamt über 184 Gigawatt, gut das Dreifache des durchschnittlichen Strombedarfs im Netz. Während nach unten die Nulllinie touchiert wird (1,11 Prozent Einspeisung im August 2025) wird auch nach oben die theoretisch mögliche Leistung nie erreicht, im gleichen Monat waren es nur 30,5 Prozent.

Aug 2025	Load D	Wind	Solar	Wind + Solar	Proz. der Nennleist.
inst. Nennleistung		75.021MW	109.255MW	184.276MW	
Max	65.090MW	33.154MW	52.132MW	56.137MW	30,46%

Mittelwert	48.747MW	10.009MW	13.360MW	23.369MW	12,68%
Min	34.290MW	923MW	0MW	2.045MW	1,11%
Summe Monat	36.268GWh	7.446GWh	9.940GWh	17.386GWh	12,68%

Quelle: Rolf Schuster, Vernunftkraft

Die EEG-Förderung, in 2024 etwa 18,5 Milliarden Euro, geht ungebremst weiter. Anstelle die „Erneuerbaren“ an den Markt heranzuführen, stehen sie weiter im Streichelzoo. Altguthaben wie der Einspeisevorrang, selbst bei negativen Börsenpreisen, finanzielle EEG-Förderung und die Vergütung von Phantomstrom (der auf Grund der Netzsituation nicht produziert werden kann) hätten schon längst abgeschafft werden müssen, damit sich die Branche auf bedarfsgerechte und damit marktgerechte Produktion einstellt.

Mit dem Bericht der BNA treten die Realitäten wieder ein Stück die marode Tür der Energiewendfantasien ein. Wir laufen Energiemangelzeiten entgegen, das wird neben dem Strom auch die Wärme betreffen, denn große Teile der Kraft-Wärme-Kopplung gehen mit der Abschaltung der Kohlekraftwerke verloren.

In über hundert Jahren war es gelungen, trotz Kriegen und Krisen in Deutschland ein sicheres, preiswertes und umweltverträgliches Energiesystem aufzubauen. In wenigen Jahrzehnten wird es zerstört.

Seneca sagte es so:

„Das Wachstum schreitet langsam voran, während der Weg zum Ruin schnell verläuft.“

In zwei Jahren wird es den nächsten Bericht der BNA geben. Bis dahin werden weitere staatsplanerische Ziele nicht erreicht sein.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Offshore-Windkraft: Eine Branche im Niedergang

geschrieben von Admin | 17. September 2025

Geplatze Auktionen, verschobene Baustarts, gestoppte Investitionen: Von der Windenergie auf dem Meer gibt es derzeit fast nur schlechte Meldungen. Es besteht kaum Hoffnung, dass sich daran viel ändert. Ohne

Offshore-Windkraft aber steht die Energiewende vor dem Aus.

Von Peter Panther

Die Pläne Europa, was den Ausbau der Offshore-Windkraft angeht, sind atemberaubend. Bis 2030 soll alleine in der Nordsee eine Nennleistung von 120 Gigawatt installiert sein. Bis 2050 sollen es sogar 300 Gigawatt sein, das entspricht der Leistung von 300 grossen Atomkraftwerken. Heute sind allerdings erst 30 Gigawatt aufgestellt. Deutschland will dabei die Windkraft in seinen Gewässern bis 2030 auf 30 Gigawatt und bis 2045 auf 70 Gigawatt ausbauen. Verglichen mit den heute vorhandenen 9,2 Gigawatt klafft eine riesige Lücke.

Die hochtrabenden Pläne kommen nicht von ungefähr: Offshore-Windkraft ist für das Gelingen der sogenannten Energiewende existenziell. Anlagen auf dem Meer liefern im Vergleich zu ihren Pendanten an Land wenigstens einigermaßen zuverlässig Strom. Für die Versorgung im Winter, wenn die Photovoltaik weitgehend ausfällt, ist sie unentbehrlich. Zudem lassen sich Offshore-Windparks mangels Anwohner leichter verwirklichen: Opposition dagegen gibt es meist nur wenig. Ohne Windenergie auf dem Meer ist die Umstellung der Stromversorgung auf sogenannte erneuerbare Quellen schlicht unmöglich.

Doch wer die Schlagzeilen der letzten ein bis zwei Jahre verfolgt hat, merkt: Da läuft gerade ziemlich viel schief mit der Offshore-Windkraft. Das jüngste Beispiel ist die gescheiterte Auktion für zwei Windpark-Gebiete in der Nordsee Anfang August: Es ging erstmals in der Geschichte Deutschlands kein einziges Angebot von Investoren ein.

Kenner der Branche sind nicht überrascht

Bereits im Juni diesen Jahres war eine deutsche Ausschreibung beinahe gescheitert: Es meldeten sich gerade einmal zwei Bieter. Karina Würtz, Chefin der Stiftung Offshore-Windenergie, warnte damals vor einem Scheitern der deutschen Ausbauziele. Sie blickte wohl auch auf Dänemark. Denn dort war bereits im Dezember 2024 eine Auktion ergebnislos verlaufen. Es handelte sich mit rund drei Gigawatt um die bislang grösste Offshore-Ausschreibung in der Geschichte des Landes. Doch niemand wollte in Dänemark mehr investieren.

Kenner der Branche sind alles andere als überrascht über das mangelnde Interesse. Denn in den letzten ein bis zwei Jahren sind die Kosten für den Bau und Betrieb von Windrädern auf dem Meer um bis zu 60 Prozent gestiegen. Zum einen sind dafür hohe Zinsen verantwortlich, zum anderen verteuerte Rohmaterialien wie Stahl und Kupfer sowie stark gestiegene Arbeitskosten.

Um angesichts dieser Kostenexplosion noch gewinnbringend Offshore-Windparks bauen zu können, müssten die Staaten fette Subventionen in Aussicht stellen. Einige Jahre lang war das anders, da konnten Windparks

auf dem Meer auch ohne öffentliche Beihilfen realisiert werden. Doch die goldenen Zeiten, die für eine relativ kurze Zeit herrschten, sind vorüber. Aber bei vielen Ausschreibungen sind die neuesten Entwicklungen noch nicht berücksichtigt – mit dem Resultat, dass die Bedingungen so unattraktiv sind, dass kaum mehr ein Investor ein Angebot macht.

Schlechte Meldungen aus Grossbritannien, Belgien, Niederlande, etc.

Es ist gut möglich, dass die staatlichen Regulatoren bald nachziehen, die Bedingungen ihrer Auktionen anpassen und die notwendigen Subventionen in Aussicht stellen. Dass sich damit aber die tiefe Krise, in der die Offshore-Windbranche steckt, überwinden lässt, ist zu bezweifeln. Denn auch sonst trafen in letzter Zeit fast nur schlechte Nachrichten aus diesem Energiebereich ein.

Bereits im Sommer 2023 stoppte der schwedische Energiekonzern Vattenfall die Planung des Windparks Norfolk Boreas vor der Küste Englands. Im letzten Mai stellte der Windkraft-Erbauer Ørsted auch die Entwicklung des riesigen Windparks Hornsea 4 (2,4 Gigawatt) in Grossbritannien vorläufig ein.

In den Niederlanden wurde im November das Ausschreibungsverfahren für den Windpark Nederwiek IB (als Teil eines grösseren Projekts) zurückgestellt. In Belgien kostet die Fertigstellung des Windpark-Projekts «Princess Elisabeth» statt 2,2 nun sieben Milliarden Euro. Entsprechend wurden die Arbeiten im Januar 2025 gestoppt. Man rechnet nun damit, dass sich die Inbetriebnahme um mindestens drei Jahre verzögert. Auch in Frankreich, das nur vergleichsweise bescheidene Offshore-Pläne hat, hapert es: Im letzten Juli gab der französische Energiekonzern EDF bekannt, dass der Windpark Calvados im Rahmen des Normandie-Projekts erst 2027 statt schon dieses Jahr ans Netz geht.

Vor allem in Deutschland gibt es neben den erwähnten Kostensteigerungen eine Reihe weiterer ungünstiger Entwicklung, die das Geschäft mit der Offshore-Windenergie vermiesen: Zum einen sind bei Fertigstellung der Windräder die Netzanschlüsse oftmals nicht bereit. So kann etwa der Windpark Borkum Riffgrund 3 deswegen erst im ersten Quartal 2026 statt wie beabsichtigt schon Ende 2025 Strom liefern.

«Windklau» als zusätzliches Problem

Zum anderen kannibalisiert sich die Energiewende selber: Weil es wegen den Millionen von Photovoltaik-Anlagen und Zehntausenden von Windrädern immer häufiger Phasen mit negativen Strompreisen am Markt gibt, können sich Betreiber zusätzlicher Windanlagen auf dem Meer nicht sicher sein, ob sie mit ihrer Elektrizität auch kostendeckende Erlöse erzielen können.

Dazu kommt ein Problem, dass sich insbesondere in der Nordsee immer häufiger zeigt: Viele Anlagen stehen viel zu dicht beieinander, sodass sie sich gegenseitig den Wind wegnehmen. Entsprechend müssen die Betreiber von Windparks ihre Ertragserwartungen gegen unten korrigieren. Eben erst machte deswegen ein Streit Schlagzeilen: Die Niederlande werfen Belgien vor, mit ihren Anlagen in der Nordsee «Winddiebstahl» zu begehen und den eigenen Rädern den Wind wegzunehmen.

Aus ganz anderen Gründen ist auch die schwedische Offshore-Windkraft in grossen Problemen: Im letzten November hat die Regierung des Landes 13 von 14 geplanten Projekten in der Ostsee gestoppt. Die schwedische Armee hatte beanstandet, dass Offshore-Windanlagen die Überwachung mittels Radar und Unterwassersensoren stören könne – was die Regierung mit Blick auf mögliche militärische Konflikte mit Russland als nicht hinnehmbar erachtete.

Die erwähnten schlechten Meldungen sind wohlverstanden keine Einzelfälle. Denn die offizielle Statistik spricht eine klare Sprache: Während 2023 EU-weit noch drei Gigawatt an neuer Offshore-Windkraftleistung installiert worden waren, kam man 2024 mit 1,4 Gigawatt gerade noch auf knapp die Hälfte.

Weiterer Sargnagel für die deutsche Energiepolitik

Alles spricht dafür, dass die zeitweilig schönen Zeiten in der Offshore-Windbranche vorüber sind. Denn die Margen in diesem Geschäft fallen immer tiefer. Windräder auf dem Meer zu bauen, war schon immer ein Nischengeschäft. Jetzt wird diese Nische noch enger. Damit wird auch klar, dass die hochtrabenden europäischen Pläne wohl Makulatur sind. Die gigantischen Ausbauziele entsprangen Fantasievorstellungen.

Während Fachleute den britischen Planern noch ausreichend Realitätssinn zugestehen, sehen sie insbesondere für Deutschland schwarz: Denn hier orientiert man sich in Sachen Stromversorgung schon seit längerem nicht mehr an physikalischen und ökonomischen Fakten. Die Schwierigkeiten der Offshore-Branche sind nur ein weiterer Sargnagel für die deutsche Energiepolitik.

Haben die Europäer Angst vor dem

Erfolg?

geschrieben von Admin | 17. September 2025

Der Widerstand gegen alles Bewährte

Edgar L. Gärtner

Der weinerliche Abgang des ehemaligen grünen Vizekanzlers Robert Habeck ist nur eines von mehreren Symptomen des Niedergangs der Grünen, der „Partei der organisierten Unqualifizierten“ (Roland Tichy) als einflussreiche politische Bewegung. Als die erste Parlaments-Fraktion der Grünen in den 80er Jahren in den „Langen Eugen“, das Abgeordnetenhaus des Bonner Bundestags einzog, gebärdeten sich die Wortführer der Grünen als ausgesprochen technikfeindlich, indem sie die Installation von PCs ablehnten. Auch mit dem Mobilfunk über „Handys“ standen sie zunächst auf Kriegsfuß. Aber das Eis brach, als sich eine führende Hamburger Grüne mit Handy vor TV-Kameras zeigte. Der 1989 gestartete grüne Wirtschaftsinformationsdienst „Ökologische Briefe“, bei dem ich mehrere Jahre lang arbeitete, besaß Deutschlands erstes voll vernetztes PC-Redaktionssystem. Der Vorwurf, die Deutschen und speziell die Anhänger grüner Ideen seien technikfeindlich, bleibt also an der Oberfläche.

Es ist unübersehbar, dass die Ex-68er und Grünen aller Parteien nichts von der Losung „Keine Experimente!“ halten, mit der die Adenauer-CDU in den 50er Jahren auf Stimmenfang ging. Denn der von ihnen eingeleitete gleichzeitige Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Kernkraft und deren Ersatz durch unstete „Erneuerbare“ ist ein geradezu waghalsiges Experiment. Ich gebe also eher dem bei uns inzwischen dämonisierten Tech-Milliardär Peter Thiel recht, der den Deutschen und Europäern statt Technikfeindlichkeit und Neuerungs-Angst „Angst vor dem Erfolg“ bescheinigt. Diese Angst hat sicher auch damit zu tun, dass die in Westeuropa herrschende moralingetränkte politische Elite gerne Experimente beginnt, deren Scheitern bei einer vernünftigen Betrachtung von vornherein absehbar ist.

Verrückte Experimente

Zu diesen verrückten Experimenten gehört zweifelsohne die Öffnung unserer Grenzen für die illegale Einwanderung von Millionen junger Männer aus muslimischen Gewalt-Kulturen. Dazu gehört aber auch der Versuch, die längst gescheiterte „Energiewende“ durch den Einsatz von kaum bezahlbaren Wasserstoff als Allheilmittel doch noch zu retten. Hinter der „Energiewende“ steht die irrige Überzeugung, die Durchschnittstemperatur der Atmosphäre durch eine Drosselung der CO₂-Emissionen senken zu können. Doch es gibt, wie die im Juli 2025 von fünf Spitzenforschern an das US-Energieministerium vorgelegte nüchterne Bestandsaufnahme zeigt, keine Anhaltspunkte für einen maßgeblichen

Einfluss des CO₂ auf die Klimaentwicklung. Doch das ist nicht der einzige überhebliche Anspruch der europäischen Politik, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Denn nicht zuletzt muss man auch das deutsche und europäische Engagement im Ukraine-Krieg, unabhängig von der Frage nach der Kriegsschuld, zu der Liste vermessener und potenziell tödlicher Experimente fügen, durch die sich deutsche Politiker seit einigen Jahren auszeichnen. Berlin und Brüssel hintertreiben, wie es aussieht, das von US-Präsident Donald Trump ausgesprochen Friedensangebot an Russland, obwohl sie auf russisches Gas und Öl angewiesen sind, solange es dazu keine bezahlbaren Alternativen gibt. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) führt hier, entgegen seinen Versprechungen im Wahlkampf, die Politik der gescheiterten „Ampelkoalition“ beinahe bruchlos weiter. Der heute herrschenden Politiker-Generation fehlt offenbar der Kompass für Maß und Ziel politischen Handelns. Der Realitätsverlust der Politik droht in eine ausweglose Situation zu führen, die die Gefahr eines Bürgerkriegs herausbeschwört. Wir sind konfrontiert mit dem grundlegenden Problem einer Mentalität, die den wirtschaftlichen und politischen Selbstmord Deutschlands in Kauf nimmt, um angebliche Gefahren zu bekämpfen.

Die in der Zeit der Renaissance vom Arzt Theophrastus Bombast von Hohenheim (genannt Paracelsus) aufgestellte Regel, wonach erst die Dosis einen Stoff zu Gift werden lässt, hat sich als überzeitlich gültig erwiesen. Was in unseren Sensations-Medien über Giftwirkungen berichtet wird, ist demgegenüber meist irreführend, denn dort steht der Nachweis verdächtiger Stoffe im Mittelpunkt, nicht aber die Frage, ob die gemessenen Konzentrationen schädlich sein können. Unterschlagen wird dabei, dass potenziell tödliche Gifte in niedrigerer Konzentration als Stimulantien oder gar als Dopingmittel wirken können. Das Paradebeispiel dafür ist Arsen. Das gilt auch für die von vielen Menschen als unheimlich empfundene Radioaktivität. Diese Effekte sind Gegenstand der Hormesis-Hypothese, wonach die Entwicklung des Lebens auf der Erde ohne die Überkompensation widriger Reize gar nicht möglich wäre. Da den Menschen aber ein Sinn für die Abwägung von Risiken und Wahrscheinlichkeiten fehlt, versuchen sie nicht selten, Risiken zu umgehen, indem sie (unbewusst) noch größere Risiken eingehen.

Eine Kultur des Narzissmus

Formularbeginn

Der Narzissmus, eine durch elterliche Erziehungsfehler (zu viel Lob) verursachte Reifestörung, hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Auffällige Neurosen werden hingegen immer seltener. Im Unterschied zu Neurosen ist der Narzissmus aber nur schwer heilbar. Der amerikanische Historiker Christopher Lasch konstatierte schon gegen Ende der 1970er Jahre in seinem Buch „Das Zeitalter des Narzissmus“ die Ausbreitung einer dekadenten Kultur der Selbstliebe im ganzen Westen. Die Studentenrevolte von 1968 war nach seiner Ansicht nur ein Ausdruck

dieses Kulturbruchs. Dessen Hauptursache sah er schon damals in der Ablösung des patriarchalischen durch den matriarchalischen Führungsstil in Politik und Wirtschaft und in der damit verbundenen Infantilisierung der Menschen durch eine ausufernde Sozialbürokratie. In Deutschland und Österreich haben die Psychiater Raphael Bonelli im Bestseller „Die Weisheit des Herzens“ und Hans-Joachim Maaz im Buch „Das falsche Leben. Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft“ diesen Befund bestätigt.

Narzissten glauben im Grunde an nichts richtig. Sie richten ihren durch enttäuschte Selbstliebe entstandenen Selbsthass in Form der obsessiven Beschäftigung mit möglichen Schadstoffen gegen sich selbst. Sie konzentrieren sich darauf, ihre innere Leere und vagabundierenden Ängste durch moralische Überheblichkeit, durch scheinbar gute Taten oder auch durch die Kultivierung von Schuldkomplexen und deren Nutzung für die eigene Imagepflege zu überspielen. Ideologischer Ausdruck des Selbsthasses ist der Postmodernismus. In seinem Kern beruht dieser auf der uralten Häresie des Gnostizismus, das heißt auf dem Glauben an die Möglichkeit der Erlösung des Menschen durch Selbstermächtigung. Aus diesem Grund ordnen die Postmodernen die Frage, ob etwas wahr ist oder falsch, der manichäischen Entgegensetzung von „gut“ und „böse“ unter. Es kommt dann nicht mehr darauf an, ob etwas wirtschaftlich nützlich ist, sondern ob es von postmodernen Gurus für „gut“ und schick erklärt wird. Natürlich spielt auch die Geldgier eine Rolle, sobald der Zug zum „Guten“ erst einmal in Bewegung gekommen ist. Die Postmodernen halten deshalb die Sprache nicht mehr für ein Mittel, die Wahrheit zu erkunden und mitzuteilen, sondern benutzen sie als Waffe, um ihre Gegner durch die Moralisierung von Sachfragen zum Schweigen zu bringen.

Die Ablehnung des Bewährten

Grundlage der gutmenschlichen Bewegung ist nicht die Angst vor dem Neuen, sondern der Generalverdacht gegen alles Bewährte. Nur der Selbsthass kann erklären, warum eine ganze Generation die Errungenschaften und Lehren ihrer eigenen Geschichte in den Wind schlägt. Das bestätigt nicht zuletzt die Kampagne gegen den Betrieb und den Neubau von Kernkraft- und Kohlekraftwerken oder die Förderung von heimischem Erdgas und Erdöl mithilfe des so genannten Frackings – alles im Namen einer atemberaubend abenteuerlichen „Energiewende“. Deren Ziel ist die Ablösung verlässlicher durch unstete, aber für „sauber“ erklärte Solar- und Windenergie.

Zwar waren unsere Kohlekraftwerke bis in die 1980er Jahre tatsächlich „Dreckschleudern“. Doch infolge einer breiten Kampagne gegen das (vermeintliche) „Waldsterben“ wurden ihre Rauchgase noch im gleichen Jahrzehnt mithilfe aufwändiger Filter entstaubt und entschwefelt und später auch von giftigen Stickoxiden befreit. Die abgasfreien deutschen Kernkraftwerke liefen ohnehin beispielhaft sicher. Doch die Havarie eines anders gebauten und militärisch genutzten Kernreaktors im ukrainischen Tschernobyl rief in Deutschland die Gegner dieser zwar

nicht idealen, aber durchaus zuverlässigen Technik auf den Plan. Da sicherheitstechnisch begründete Einwände gegen die Kerntechnik bei uns unglaublich gewesen wären, schoben deren Gegner stattdessen das Argument fehlender Entsorgungsmöglichkeiten für die radioaktiven Abfälle aus Kernreaktoren in den Vordergrund.

Dabei gab es vielversprechende Forschungen über das Recycling beziehungsweise die Transmutation und die energetische Nutzung dieser Rückstände in so genannten Brütern und ähnlichen Reaktoren wie heute vor allem in dem vom Kernphysiker Götz Ruprecht in privater Initiative entwickelten „Dual Fluid-Reaktor“, der Uran und andere Kernbrennstoffe 20 mal effizienter nutzen soll als herkömmliche Kernreaktoren. Doch der ursprünglich als Einstieg in eine neue Etappe der Kernenergie-Nutzung gefeierte „Schnelle Brüter“ von Kalkar am Niederrhein wurde eingemottet und in eine Freizeit-Attraktion verwandelt, bevor er überhaupt die erste Kilowattstunde Strom liefern konnte. Die damit befassten Forschungseinrichtungen wurden aufgelöst. Heute nutzen die Russen mit Erfolg die Brüter-Technik im BN-800 mit einer elektrischen Leistung von 880 Megawatt in Zaerchny bei Sverdlowsk. In Zukunft wird es vielleicht möglich sein, mithilfe von Transmutationen den Traum von der „Kalten Fusion“ zu verwirklichen. Zwar unterstützt die deutsche Regierung im Rahmen der EU die Erforschung der der noch immer als utopisch erscheinenden technischen Nutzung der thermonuklearen Fusion mit Milliarden. Doch der erste Demonstrationsreaktor auf der Basis des greifbareren Dual-Fluid-Konzepts wird in Ruanda und nicht in Deutschland errichtet.

Abwertung der Tradition

Die mehr oder weniger bewusste Abwertung und Diffamierung alles Bewährten beschränkt sich nicht auf technische Probleme. Viel bedenklicher ist, was wir im gesellschaftlichen Leben beobachten. Das beginnt mit der Abwertung der klassischen Familie aus Großeltern, Eltern und Kindern, die sich mit dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht als Form des sesshaften Zusammenlebens durchgesetzt hat und in christlicher Zeit nicht nur durch ökonomische Not, sondern auch durch das unauflösliche Eheversprechen vor Gott zusammengehalten wurde. Ich glaube nicht, dass dieses Verhältnis immer eine ungetrübte Idylle darstellte. Doch hat es sich seit etwa 10.000 Jahren unterm Strich bewährt. Das kann man von den neuen, als „bunt“ und „fortschrittlich“ gepriesenen Formen des Zusammenlebens in polygamen Ehen, Wohngemeinschaften, Patchwork-Familien und Homo-Ehen nicht unbedingt sagen. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Doch die postmoderne Neuerungssucht geht noch wesentlich weiter: Glaubt man Angela Merkel und ihren Nachfolgern, sollen wir schon in naher Zukunft auf die Sicherheit eines Rechtsstaates verzichten und die Formen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens jeden Tag neu aushandeln müssen. Statt verlässlicher gesetzlicher Bestimmungen wird dann wohl das archaische Faustrecht gelten, zumal die von Angela Merkel mit einem Akt

der Selbstermächtigung ins Land geholten arabischen und asiatischen Invasoren zumeist nur die Logik des Tribalismus kennen, wonach alles außerhalb ihrer Stammesgemeinschaft als Feindesland und/oder potenzielle Beute gilt. So konnte die damalige „Integrationsbeauftragte“ der deutschen Bundesregierung Aydan Özügüz (SPD) ungestraft die Existenz einer deutschen Kultur leugnen und sich für eine Legalisierung der „Kinderehe“ und eine Auflösung der deutschen Nation in einer multikulturellen Utopie der „gleichberechtigten Teilhabe“ aussprechen. Demnächst wird man sich bei uns, im Namen der „Gleichheit aller Weltkulturen“, wohl auch an das Wiederaufkommen verschiedener Formen von Menschenopfer und Kannibalismus gewöhnen müssen.

Mir fällt da ein, was Thomas Mann in seinen (später größtenteils widerrufenen) „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1920) bemerkte: Deutschland werde im Unterschied zum apollinisch-sokratischen Westen stärker von dionysischen Elementarkräften bestimmt. Dionysmus bedeutet das Sich-Gehenlassen entsprechend kurzfristiger Impulse. Um diese Bemerkung zu würdigen, müsste man aber wissen, was unter dem „Westen“ zu verstehen ist. Thomas Mann meinte damit seinerzeit höchstwahrscheinlich nicht das laizistische Frankreich, wo Dionysische Blutorgien in Form der Rezeption literarischer Erzeugnisse des Marquis de Sade oder der Umsetzung jakobinischer Politik durch die Guillotine und den Genozid der Vendée gefeiert wurden, sondern eher ein Hinweis auf die nüchterne angelsächsische Tradition oder vielleicht, noch besser, auf eine Art Neuaufgabe oder Neugeburt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Dionysische Züge hatte in seinen Augen dagegen die in den deutschen Landen stets wirksame Versuchung der Loslösung von Rom, die im Endeffekt zum Dreißigjährigen Krieg führte. Wir können erst heute richtig verstehen, warum der Apostel Paulus und nach ihm die wichtigsten Kirchenväter so großen Wert darauf legten, die katholische Kirche in die römische Tradition zu stellen, obwohl diese der Sklaverei und dem Machismus Raum gab. Denn Rom beziehungsweise das römische Recht steht für die Überwindung des Tribalismus durch den juristischen Universalismus.

Es geht hier nicht um Formen der Frömmigkeit, sondern um eine christliche Kultur, die direkt oder indirekt auf dem Glauben an den stellvertretenden Opfertod Jesu Christi am Kreuz und die Möglichkeit der Wiederauferstehung beruht. Diese ermöglicht nach Auffassung von René Girard die Überwindung des archaischen Sündenbock-Mechanismus. Nur auf dieser Grundlage ermöglicht das römische Recht die Überwindung von Kannibalismus und Sklaverei. Tatsächlich gab es die außerkirchliche Bewegung der Aufklärung nur in dem vom christlichen Menschenbild geprägten lateinischen Teil Europas. Deren Illusion von Berechenbarkeit, auf die ich auf dieser Plattform hingewiesen habe, verhinderte nicht, dass die zuvor machtpolitisch korrumpierte katholische Kirche unter dem Einfluss der Renaissance bzw. frühen Aufklärung im ökumenischen Reformkonzil von Trient (Tridentinum), das zwischen 1545 und 1563 tagte, wieder zurück zur Friedens- und Liebesbotschaft der Bibel fand. Doch die europäische „Elite“ leugnet heute die christlichen Wurzeln der

Aufklärung. So vermag auch ihr Fußvolk die Verteidigung der Menschenwürde gegenüber politischer Willkür nicht mehr vernünftig zu begründen und steht dem woken Nihilismus wie dem islamistischen Gewaltpotenzial zusehends hilflos gegenüber. Werden die Europäer wieder lernen, sich am Bewährten zu orientieren, statt wahnwitzigen Öko- und Multikulti-Utopien auf den Leim zu gehen?